

Zweckverband Nahverkehr Westfalen – Lippe NWL

2. Sitzung der Verbandsversammlung NWL am 28.05.2008 in Münster

Öffentliche Sitzung

TOP: 7

Vorlage: 21/08

Sachstand Investitionsförderung gemäß § 12 ÖPNVG

Grundlagen:
ÖPNVG NRW

Berichterstatter:
Herr Frye

Begründung:
- siehe Fortsetzungsblätter –

Kosten:
Keine

Beschlussfassung NWL:

Vorherige Zustimmung der Mitgliedsverbände erforderlich:		Ja:		Nein:	X
Einfache Mehrheit:	X	2/3 Mehrheit:		Einstimmig:	

Beschlussvorschlag:

- 1. Der NWL erhält in 2008 keine Zuwendungen nach § 12 ÖPNVG. Deshalb wird auch für 2008 kein Katalog der zu fördernden Maßnahmen nach §12 (5) ÖPNVG aufgestellt.**
- 2. Der Verbandsvorsteher wird ermächtigt, die fünf dargestellten angemeldeten Maßnahmen als Vorsorgemaßnahmen zu genehmigen. Sobald für den NWL Mittel nach § 12 ÖPNVG verfügbar sind, werden diese Maßnahmen prioritär in das Förderprogramm nach §12 (5) ÖPNVG aufgenommen.**
- 3. Die in der Verbandsversammlung am 14.01.2008 beschlossenen Förderichtlinien werden dem Fördertatbestand „Haltestellen“ erweitert.**

Sachstand Investitionsförderung gemäß § 12 ÖPNVG

Begründung:

1. Sachstand der pauschalierten Förderung nach § 12 ÖPNVG

Zum 01.01.2008 mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) ist die Zuständigkeit der Förderung des ÖPNV von den Bezirksregierungen auf die drei Zweckverbände NWL, NVR und VRR übergegangen (§ 15 ÖPNVG).

Die Bezirksregierung Arnsberg bewilligt auf Grundlage des § 15 ÖPNVG dem Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe einen Anteil von 11,205 % von 150 Mio. € jährlich, dies entspricht ca. 16,8 Mio. €. Der ZV NWL kann mit diesen Mitteln einen Förderkatalog aufstellen und die Einzelmaßnahmen gegenüber dem Antragsteller bewilligen. Von den 16,8 Mio. € sind höchstens 50 % für den SPNV einzusetzen. Der NWL hat einen jährlichen Katalog der mit den Mitteln zu fördernden Maßnahmen durch Beschluss der Zweckverbandsversammlung festzulegen und der Bezirksregierung anzuzeigen (§ 12 (5) ÖPNVG).

Mit Datum vom 07. April 2008 erhielt der ZV NWL den Bewilligungsbescheid zur Förderung nach § 12 ÖPNVG NRW (**Anlage 1**). Dieser Bescheid weist aus, dass keine Zuwendung für neue Vorhaben nach § 12 ÖPNVG NRW für das 2008 zu gewähren ist. Das Land NRW stellt dem Zweckverband für die sog. „Altfälle“ den benötigten Finanzrahmen zur Verfügung. Solange der Finanzrahmen der „Altfälle“ den Anteil des NWL von 16,8 Mio. € an den 150 Mio. € überschreitet können in den betreffenden Jahren keine neuen Maßnahmen finanziert werden.

Mit dem Übergang von den Bezirksregierungen auf den NWL sind auch die Vorhaben übernommen worden, die von den Regionalräten für die Region beschlossen wurden. Die Mittel, die für diese Vorhaben benötigt werden, werden mit den Mittel nach § 12 ÖPNVG in Höhe von 16,8 Mio. € verrechnet. In der Anlage 2 ist die Gesamtübersicht über die bewilligten, eingeplanten und angemeldeten gebundenen Mittel, getrennt nach SPNV und ÖPNV, für die Jahre 2008 bis 2012 und die Folgejahre dargestellt.

	2008	2009	2010	2011	2012	Folgejahre
Gebundene Mittel	43,45	27,41	8,56	0,89	0	19,26
Pauschale von 16,8	>16,8	>16,8	<16,8	<16,8	<16,8	
v. freie Mittel nach §12	0	0	8,24	15,91	16,8	

Die oben dargestellte Tabelle zeigt, dass voraussichtlich ab dem Jahr 2010 neue Vorhaben finanziert werden können.

Sachstand Investitionsförderung gemäß § 12 ÖPNVG

Das Land NRW hat mit Schreiben vom 18.02.2008 um Vorschläge für die Aufstellung der Maßnahmen im besonderen Landesinteresse gebeten. Teil dieser Maßnahmen sollen auch die Restabwicklung der Bahnhofsmmodernisierungsoffensive MOF 1 und benannte Bahnhöfe sein (siehe TOP 6). Unter der Voraussetzung, dass der Verkehrsausschuss des Landtags den ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplan beschließt, verändert sich die Mitteldarstellung wie folgt (Gesamtübersicht in der **Anlage 2**):

	2008	2009	2010	2011	2012	Folgejahre
Gebundene Mittel	28,38	22,03	8,16	0,79	0	5,33
Pauschale von 16,8	>16,8	>16,8	<16,8	<16,8	<16,8	
v. freie Mittel nach § 12	0	0	8,64	16,01	16,8	

Die größten Veränderungen finden im Bereich des SPNV statt. Dies kann in der Gesamtübersicht der Anlage 2 nachvollzogen werden.

Zu vergleichen sind die Zeilen:

Bewilligt SPNV	-	bewilligt SPNV ohne § 13
Eingeplant SPNV	-	eingeplant SPNV ohne § 13
Angemeldet SPNV	-	angemeldet SPNV ohne § 13
Angemeldet ÖPNV	-	angemeldet ÖPNV ohne § 13

Die Einzelmaßnahmen sind der Anlage 2 in den Einzeldarstellungen getrennt nach:

- Bewilligte kommunale Maßnahmen
- Eingeplante kommunale Maßnahmen
- Angemeldete kommunale Maßnahmen
- Bewilligte SPNV Maßnahmen
- Eingeplante SPNV Maßnahmen
- Angemeldete SPNV Maßnahmen

zu entnehmen.

Unter der Voraussetzung, dass der ÖPNV-Infrastrukturfinanzierungsplan vom Verkehrsausschuss des Landtages in der vorliegenden Form verabschiedet wird, gewinnt der NWL in einer Größenordnung von ca. 14 Mio. Euro ab 2010 an Gestaltungsfreiheit für die Vorhaben nach § 12 ÖPNVG NRW.

Sachstand Investitionsförderung gemäß § 12 ÖPNVG

2. Darstellung des Verfahrensablaufs einer Fördermaßnahme

1. Anmeldung	Programmanmeldung mit vereinfachten Unterlagen. Die Anmeldung kann bis zu fünf Jahre vor dem beabsichtigten Baubeginn, spätestens bis zum 1. September des dem Baubeginn vorausgehenden Jahres erfolgen.
2. Einplanung	Ist das beantragte Fördervorhaben zuwendungsfähig kann es durch Beschluss der Verbandsversammlung (bis Ende 2007 durch Beschluss des Regionalrates) in das Förderprogramm aufgenommen werden. Der Antragsteller erhält darüber eine „Einplanungsmitteilung“. Die den Fördersatz und die Höhe der voraussichtlichen Zuwendung enthält. Auf dieser Grundlage kann der Antragsteller seine baurechtlichen und finanztechnischen Planungen aufstellen. Die Einplanungsmitteilung erlaubt auch das Freimachen des Baufeldes. Ein Rechtsanspruch auf Förderung ist hiermit nicht verbunden. Der Antragsteller hat bisher auf dieser Grundlage davon ausgehen können, dass sein Projekt umgesetzt werden konnte.
3. Bewilligung	Nach Aufnahme in das Förderprogramm erfolgt die Antragstellung. Der Finanzierungsplan ist sorgfältig aufzustellen. Sind alle Rahmenbedingungen (z. B. uneingeschränktes Baurecht) erfüllt und die Mittel stehen zur Verfügung wird der Bewilligungsbescheid erteilt.
4. Abwicklung	Bauausführung der Maßnahme mit Nachweis der benötigten Mittel über die jährlich einzureichenden Ausgabeblätter. Der vorgegebene Finanzrahmen sollte nach Möglichkeit ausgeschöpft werden um Belastungen der Folgejahre zu vermeiden. Nach Abschluss der Maßnahme ist spätestens nach sechs Monaten der Schlussverwendungsnachweis einzureichen. Ab diesem Zeitpunkt beginnt auch die Zweckbindungsfrist (i. d. R. 20 Jahre) zu laufen.

3. Schlussverwendungsnachweis

Die Bestandsaufnahme hat ergeben, dass viele Maßnahmen seitens der Antragsteller nicht schlussverwendet sind. Die Antragsteller wurden angeschrieben um den Schlussverwendungsnachweis einzureichen. Dies ist aus zweierlei Sicht wichtig, mit Vorlage des vollständigen und prüffähigen Schlussverwendungsnachweises wird die Zweckbindungsfrist i. d. R. 20 Jahre in Kraft gesetzt. Bedingt durch die Festlegung der zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 16,8 Mio. € ist darauf zu achten, dass Vorhaben zügig abgerechnet werden um eine Belastung der Folgejahre zu vermeiden und damit nicht die Möglichkeit einzuschränken, neue Vorhaben zu beginnen und zu finanzieren.

Sachstand Investitionsförderung gemäß § 12 ÖPNVG

Wie oben erläutert finanziert das Land NRW über 2 Jahre die „Altfälle“, so dass bei einer Schlussverwendung der Vorhaben bis zum Sommer 2009 eine Belastung des Folgejahres (2010) ausgeschlossen werden kann. Voraussetzung dafür ist das die Antragsteller den ungefähren Bedarf Ihrer Einzelprojekte in 2008 mitteilen. Hierzu wird die Abteilung Infrastrukturförderung mit den Antragstellern Kontakt aufnehmen und diese Informationen abfragen.

4. Instrumente der Förderung für den Fall, dass noch kein Bewilligungsbescheid vorliegt

Vereinzelt sind Vorhaben angemeldet, die im Zusammenhang mit anderen Förderbereichen stehen wie z.B. mit Maßnahmen des kommunalen Straßenbaus IV oder des Städtebaus der Bezirksregierungen. Die wirtschaftliche Realisierung der Gesamtprojekte ist von den ÖPNV-Maßnahmen abhängig. Die angemeldeten Maßnahmen können, da sie nicht in das Förderprogramm durch Beschluss der Zweckverbandsversammlung oder der Regionalräte aufgenommen wurden und daher nicht eingeplant sind, nicht förderunschädlich realisiert werden.

Eine Lösung im Einzelfall wäre die Erteilung einer Vorsorgemaßnahme. Voraussetzung wäre aber das Vorliegen einer genauen Kostenberechnung, um die finanzielle Bindung für die Zukunft darstellen zu können.

Vorsorgemaßnahme:

Vorsorgemaßnahmen sind einzelne Bauleistungen, die aus bautechnischen, baubetrieblichen oder wirtschaftlichen Gründen bereits vorsorglich mit einem Bauvorhaben (Erstvorhaben) ausgeführt werden, deren Nutzen allerdings erst mit der Realisierung eines späteren Verkehrsvorhabens (Zweitvorhaben) gegeben ist. Eine Vorsorgemaßnahme kann z. B. darin bestehen, dass beim Bau einer Straße (Erstvorhaben) zusätzlich eine P+R-Anlage für ein zuwendungsfähiges Verkehrsprojekt (Zweitvorhaben) errichtet wird. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Aus Sicht des NWL besteht aber Vertrauensschutz auf die Förderung. Dieses Instrument ist auf Ausnahmefälle zu beschränken.

Für die fünf in der **Anlage 3** angemeldeten Maßnahmen (Bahnsteigzugang Bahnhof Unna, Verknüpfungspunkt Bf Rinkerode, Bf Olpe Neubau ZOB, Umsteigeanlage Stadtbahn Sieker und ZOB am Marktplatz in Petershagen), die im Zusammenhang mit anderen Fördervorhaben stehen, treffen die Rahmenbedingungen der Ziffer 4 zu. Dem Verbandvorsteher sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, die Projekte als Vorsorgemaßnahme zu genehmigen und damit die Bereitschaft zu erklären, die Vorhaben später prioritär in das Förderprogramm aufzunehmen.

Beim Vorliegen eines prüffähigen Antrags kann unter der Voraussetzung, dass das Vorhaben Bestandteil des Förderprogramms ist, auch ein vorzeitiger Baubeginn ausgesprochen werden. Dies sollte aus Sicht des NWL aber der Ausnahmefall sein.

Sachstand Investitionsförderung gemäß § 12 ÖPNVG**Vorzeitiger Baubeginn:**

Es müssen alle notwendigen Bewilligungsunterlagen vorliegen sowie Baurecht vorhanden sein. Diese Unbedenklichkeitserklärung zum vorzeitigen Baubeginn ist auf Ausnahmefälle zu beschränken. Der Vorhabenträger trägt das alleinige Finanzierungsrisiko. Bei Änderung der gesetzlichen Förderbestimmungen bleibt der vorzeitige Baubeginn unberücksichtigt.

Unter der Voraussetzung, dass alle Bewilligungsvoraussetzungen erfüllt sind, könnte auch ein Bewilligungsbescheid erstellt werden, der eine Finanzierung z. B. ab 2010 vorsieht. Auch diese Möglichkeit sollte die Ausnahme darstellen.

Die eingeplanten Zusammenhangsmaßnahmen sind im Rahmen des Anrechnungsbetrages nach Nr. 4.3.2 VV zu § 12 ÖPNVG (2008 = 43,7 Millionen Euro) berücksichtigt.

5. Neuer Fördertatbestand „Haltestellen“

Haltestellen, die nicht im Zusammenhang mit einer Bus/Schieneverknüpfung stehen, sind im Förderkatalog des ÖPNV seit dem 01.01.2005 nicht mehr enthalten.

Die Haltestellen wurden von 1998 bis 2004 im ÖPNV, vor 1998 und nach 2004 wurden Haltestellen im kommunalen Straßenbau gefördert. Das MBV hat in 2007 entschieden, dass Haltestellen auch im kommunalen Straßenbau nicht mehr gefördert werden. In der Verbandsversammlung am 14.01.2008 wurde beschlossen, dass die Förderrichtlinie weiter anzuwenden ist. Die Haltestellenförderung ist nicht Bestandteil dieser Richtlinie. Dem NWL liegen 17 Anträge auf Förderung von Haltestellen vor (Stand 30.04.2008); Haltestellen sind wichtige Bestandteile eines attraktiven ÖPNV.

Es wird vorgeschlagen, Haltestellen wieder in die Förderrichtlinie aufzunehmen.